



Stadtverwaltung Eisenach
Oberbürgermeisterin Wolf
Markt 2-4

99817 Eisenach

NPD-Fraktion Eisenach
Katharinenstr. 147a
99806 Eisenach

Eisenach, den 1.8.2018

Antrag: Katzenschutzverordnung in Eisenach umsetzen

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

1. Die Obermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat zum nächstmöglichen Zeitpunkt im Jahr 2018 den Entwurf einer Katzenschutzverordnung vorzulegen, welche nach Beschlussfassung zum frühestmöglichen Zeitpunkt im Jahr 2019 Inkrafttreten soll.

Begründung:

Diese Verordnung soll Halter von Freigängern verbindlich zu einer Kastration ihrer Katze und / oder ihres Katers ab dem 9. Lebensmonats und Registrierung verpflichten und bei Zuwiderhandlungen ein Ordnungsgeld vorsehen.

In einem ausführlichen Beitrag in der Thüringer Allgemeinen v. 6. Juli 2018 wurde das Pro und Kontra einer Katzenschutzverordnung dargelegt. Für die NPD-Fraktion überwiegen die Argumente für die Einführung einer solchen Verordnung,

Zum Zeitpunkt des Erscheinens des in Rede stehenden Artikels war das Tierheim mit 87 Katzen belegt. Nicht kastrierte Freigänger produzieren auch aus Sicht der Tierheimleitung Leid am laufenden Band. In nur einer Nacht kann ein Kater bis zu 30 Katzen begatten. Je Wurf sind dabei vier bis sechs Katzenwelpen zu erwarten, zwei bis drei Würfe pro Jahr sind realistisch. Auf diese Weise potenziert sich das Elend der verwilderten Tiere. Wären alle Hauskatzen mit Freigang unfruchtbar, wäre das Ausmaß der unkontrollierten Fortpflanzung viel geringer und würde der Tierschutzverein deutlich weniger Kosten für Kastrationen tragen müssen. Eine Umsetzung würde demnach langfristig auch den Tierschutzverein entlasten. Die finanzielle Lage ist bekanntlich immer eng.

Viele der gefangenen oder übernommenen Katzen befinden sich in einem erbärmlichen Zustand. Viele sind mangelernährt, krank und leiden u.a. unter Katzenschnupfen.

Durch diese Tatsachen können viele der zum Kastrieren gefangenen Katzen nicht wieder ausgesetzt werden, sondern müssen kosten- und zeitintensiv behandelt und gepflegt werden. Allein die Tierarztkosten für die Versorgung der Katzen machen einen großen Teil der Kosten aus.

Eine Kastration hingegen bringt für die Katze und die Menschen nur Vorteile. So werden Krankheiten vermindert, da weniger Revierkämpfe stattfinden und somit nicht so oft Krankheitsübertragungen, auch auf Menschen stattfinden. Die wildlebenden Vögel werden weniger gejagt und gefangen, der allgemeine Gesundheitszustand der Katzen steigt und die Lebenserwartung wird erhöht.





Die Oberbürgermeisterin wird in dem genannten Zeitungsartikel damit zitiert, dass sie kein Problem sehe und darauf verweise, dass sich viele Bürger an Futterstellen und im Tierheim für die Tiere engagieren. Die Oberbürgermeisterin verkennet jedoch dabei, dass dieses Engagement, vor allem in diesem Ausmaß, hauptsächlich deshalb notwendig ist, weil es keine Katzenschutzverordnung und damit eine weitgehende Kastration von Freigängern gibt. Das Engagement der Bürger wäre auch nicht, wie von der OB angenommen, mit der Einführung der Verordnung überflüssig. Eine solche Verordnung wird die Vermehrung nur eindämmen, aber niemals gänzlich ausschließen können. Deshalb wird der Einsatz dieser Bürger auch in Zukunft notwendig sein. Allein der gewissenhaften und aufopferungsvollen Arbeit dieser ehrenamtlichen Helfer und Vereinen ist es zu verdanken, dass die Probleme oft, wie von der Oberbürgermeisterin, verkannt werden, da bereits in deren Entstehen Abhilfe geschaffen wird.

Die Verordnung sollte weiterhin regeln, dass für die private oder gewerbliche Zucht von Katzen auf schriftlichen Antrag Ausnahmen von der Kastrationspflicht zugelassen werden können, sofern eine Kontrolle, Dokumentation, nachhaltige Verantwortung und Versorgung der Nachzucht glaubhaft dargelegt wird.

Zu widerhandlungen gegen die Katzenschutzverordnung sollten mit Bußgeldern geahndet werden können.

Nur durch eine Katzenschutzverordnung mit zusätzlichem Kastrations- und Kennzeichnungsgebot für Katzen, die sich ansonsten unkontrolliert vermehren, kann der ständige Zustrom und das große Leid unkastrierter, später verwilderter oder nur in lockerer Verbindung zum Menschen lebender Katzen wirksam vermindert werden.

Gegebenenfalls kann in Härtefällen oder bei unklaren Besitzverhältnissen, Unterstützung durch den Tierschutzverein geleistet werden. Dadurch empfiehlt sich die Kontaktaufnahme.

Der Erlass dieser Verordnung ist für die Stadt Eisenach nicht mit Kosten verbunden.

Alle anfallenden Kosten sind durch die Katzenhalter zu tragen.

Die Art der Kennzeichnung und Erfassung müsste diskutiert werden.

Für die Fraktion:

Patrick Wieschke

